Wesel, 22. März 2018

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagsmitglieder,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises,
sehr geehrte Gäste dieser Kreistagssitzung.

Der Kreis Wesel steht gut da!

Dass es der Mehrheit der Menschen im Kreis Wesel gut geht und die Kreisumlage gesenkt werden kann, ist ein Ergebnis der guten wirtschaftlichen Lage in unserem Land - nicht Ergebnis der Politik, die hier im Kreistag gemacht wird.

Millionenbeträge sind es, die wir zum Glück aus diesem Grunde nicht in den Haushalt einplanen müssen. Einsparungen durch Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung fallen im Gegensatz dazu kaum ins Gewicht.

Leider wird hier vor allem an Leistungen gespart, die für die Menschen wichtig sind, denen es trotz guter Wirtschaftslage nicht gut geht. Wir werden trotz dieser Fakten aber gleich erleben, wie sich die mehrheitsbildenden Fraktionen aus CDU, GRÜNE und FDP/VWG mit Lorbeeren schmücken, die ihnen nicht zustehen. Das Einzige wozu das Bündnis ohne die Mitwirkung der SPD beigetragen hat, ist die Verschlechterung des Klimas zwischen dem Kreis und den sozialen und kulturellen Einrichtungen. Das ist, meine Damen und Herren von der Kooperation, **Ihre Bilanz.**

Die wirklich wichtigen Entscheidungen in diesem Kreistag sind in dieser Wahlperiode, wie bereits zuvor, immer mit der SPD und oft gegen einen der Jamaika-Partner getroffen worden. Angefangen bei der Hafeninfrastuktur, über das Gewerbeflächenkonzept, den Breitbandausbau, bis zur Bildungsinfrastuktur.

Investition in die Zukunft betreibt der Kreis mit Blick auf den **Berufsschulstandort Moers**. Mit dem Neubauprojekt und der Zusammenlegung von den jetzigen drei Kollegs sowie der Pflegeschule wird ein Jahrhundertprojekt realisiert. Warum sich auf den Weg dorthin vor allem die stark auf der Bremse stehende FDP/VWG politisch so peinlich schwer tat, ist kaum nachvollziehbar.

Auch die Konzentration der beiden **Dinslakener Kollegstandorte** auf die Zentrale Wiesenstraße ist jetzt beschlossene Sache. Die SPD-Fraktion hat den Kurs „*gute Bildung für alle*“ immer unterstützt und freut sich auch hier auf die Realisierung des Großprojekts.

Die so auf den Weg gebrachten Investitionen sind gut angelegtes Geld in die gute Ausbildung von vielen Schülerinnen- und Schüler-Generationen. Also mithin Grundlage für aussichtsreiche Startchancen in attraktive Berufsfelder.

Die Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden fällt mit Blick auf die **Kreisumlage 2018** vergleichsweise gering aus. Als Grund erwähnte ich bereits die derzeit sprudelnden Steuerquellen und die damit verbundenen deutlich steigenden Umlagegrundlagen. Zusammen mit weiteren positiven Voraussetzungen kann die Kreisumlage auf jetzt 38,5% festgelegt werden, also um satte 3,4% geringer als noch im Vorjahr. Dazu steht die SPD-Fraktion, ebenso wie zu dem Vorschlag des Kämmers, einen Doppelhaushalt 2019/20 auf den Weg zu bringen. Zur Kreisumlage von 38,5% haben auch die geringer ausgefallene Umlage des Landschaftsverbands Rheinland sowie die konsequenten Haushaltskonsolidierungs-Maßnahmen der Kreisverwaltung beigetragen.

Um Haushaltseinsparungen zu realisieren brauchte es nicht erst das Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt. Die GPA hat das Sparkonzept des Kreises in weiten Teilen lediglich übernommen, darüber hinaus jedoch kaum Substantielles beigetragen. Wider besseren Wissens schreibt sich die Kooperation die GPA-„*Erkenntnisse*“ weiterhin auf ihre Fahne.

Die allgemeine Finanzentwicklung, so positiv sie sich auch darstellt, löst allerdings bei Weitem nicht grundsätzlich das Finanzierungsproblem unserer Städte und Gemeinden. Die deutlichen Steuermehreinnahmen sorgen bestenfalls temporär dafür, dass diese mit ihren Haushaltssanierungen etwas weniger Probleme haben, als dies in den Vorjahren der Fall war. Verbesserungen in der Finanzierungsstruktur können nur von Bund und Land ausgehen.

Den vollmundigen Ankündigungen der schwarz-gelben NRW-Landesregierung zur gerechten Finanzierung der Städte und Gemeinden könnten langsam Taten folgen.

Es gilt für die SPD-Fraktion der Grundsatz: *„Wer durch Gesetzgebung der kommunalen Ebene Aufgaben zuweist, muss für diese Leistungsübertragung auch voll bezahlen.“*

Das ist aber weiterhin in großem Umfang nicht der Fall.

Wir als gewählte Vertreter des Kreises tragen auch Verantwortung für die **Finanzwirtschaft** des Kreises. Gerade in einem Haushaltsjahr wie 2018 müssen wir die gegebenen Möglichkeiten nutzen, die Finanzen des Kreises in Ordnung zu halten. Dazu gehört eine nachhaltige Finanzwirtschaft, die langfristig angelegt ist. Mit der Stärkung der Ausgleichsrücklage, die wir ausdrücklich begrüßen, sorgt der Kreis vor und blickt über den Tellerrand eines Haushaltsjahres.

Es werden zukünftig sicher noch deutlich schwierigere Haushaltsjahre auf den Kreis zukommen. Eine dann zu nutzende **Ausgleichsrücklage** kann zum Schutz der Städte und Gemeinden dämpfend auf eine ansteigende Kreisumlage wirken.

Der Kreis braucht eine eigene angemessene **Personal- und Finanzausstattung**, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

In direktem Zusammenhang damit stehen die **Personalkosten**. Ich kann den Argumenten unserer Städte und Gemeinden folgen, dass die Sparzwänge, die vor Ort gelten, auch den Kreis berühren müssen.

Klar ist aber auch, dass der Kreis seinen Aufgaben nur mit einer gut funktionierenden Verwaltung nachkommen kann. Hierzu brauchen wir eine bestens aufgestellte Organisation der Verwaltung, die Landrat Dr. Müller löblicherweise verlässlich sicherstellt. Wir brauchen zur Leistungserfüllung eine ausreichende Personalausstattung sowie gute, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne die die Verwaltung keine Chance hätte, ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden.

Hier gilt es auch, die Kritik und Anregungen der Personalvertretung ernst zu nehmen. Das sei gesagt mit Blick auf die Kooperation, die anscheinend das Kreispersonal primär als lästigen Kostenträger sieht.

Das **Personalentwicklungskonzept** des Kreises ist vorbildlich. Wir haben uns damit in der SPD-Fraktion ausführlich beschäftigt. Die personellen Engpässe, vor allem im Planungs-, Bau-, Gesundheits- und Sozialbereich sind dem Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt geschuldet. Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Kreis Wesel weiterhin als attraktiver, familienfreundlicher Arbeitgeber wahrgenommen wird. Der erhebliche Druck der in den vergangenen Jahren von CDU, GRÜNE, FDP und VWG auf den Stellenplan sowie auf Eingruppierungen ausgeübt wurde, hat fatale Folgen nach sich gezogen und die Mitarbeiterschaft des Kreises verunsichert. Gute Arbeit braucht gute Voraussetzungen und eine faire, angemessene Bezahlung; dafür wird die SPD-Fraktion stets eintreten.

Bei der Behandlung von Fragen der Personalentwicklung zeichnet sich die Kooperation durch Ignoranz und - so muss man leider sagen - durch Ahnungslosigkeit aus. Im Ergebnis stellen wir fest, dass sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr durch die Politik wertgeschätzt fühlen. Sie sehen sich als Sparschweine der Politik. So geht man nicht mit Menschen um, an deren Arbeitsmotivation die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger hängt.

Meine Damen und Herren,

ich komme zu einigen Themen, die uns ebenfalls wichtig sind:

Im Kreis Wesel verzeichnen wir einen erheblichen Bedarf von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen an günstigen Wohnraum. Vor allem der **soziale Wohnungsbau** muss angekurbelt werden. Denn es fallen in den nächsten Jahren zahlreiche Sozialwohnungen aus der Preisbindung. Es kann sich nur gut im Kreis Wesel leben, wenn Wohnen auch für breite Schichten bezahlbar bleibt.

Mit der Mehrheitsübernahme an der **Grafschafter Wohnungsbau-Gesellschaft** hat der Kreis auch die Verantwortung für die richtige Weichenstellung im Sozialwohnungsbau übernommen. In diesem Rahmen wird es aber bestenfalls lediglich der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein bleiben können.

Erforderlich ist ein kreisweites, abgestimmtes Verhalten aller relevanten Akteure im sozialen Wohnungsbau.

Wir haben beantragt, ein **Fachforum sozialer Wohnungsbau** ins Leben zu rufen.

Kritisiert wurde von der Kooperation, ein Fachforum sozialer Wohnungsbau habe keine Entscheidungskompetenz. Ja, das ist richtig. Das soll es auch nicht haben. Die Entscheidungshoheit bleibt bei der Politik. Bei uns, den gewählten Volksvertretern im Kreistag und in den Räten und den bei den Bürgermeistern und bei dem Landrat. Ziel des Fachforums wird es sein, den politischen Organen ein Konzept für eine kreisweite Planung im sozialen Wohnungsbau vorzulegen. Dieses kann dann auch als ein Leitbild für die Grafschafter Wohnbau in diesem Aufgabenbereich dienen.

Ein **Fachforum sozialer Wohnungsbau** kann u.a. folgende Fragen klären:

- Welchen Bedarf an sozialem Wohnungsbau gibt es wo im Kreis?
- Wie kann der Kreis Wesel gemeinsam mit den Kommunen den sozialen Wohnungsbau bestmöglich unterstützen?
- Besteht von Seiten der Städte und Gemeinden Bereitschaft, den Wohnungsbaugesellschaften kostengünstig Flächen für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, welche?
- Welche Kooperationen könnte es zwischen den öffentlichen und ggf. privaten Wohnungsbaugesellschaften geben, um sozialen Wohnungsbau im Kreis Wesel zu forcieren?

Also, jedem von uns sollte klar sein, dass die Entscheidungsfindung zu sozialem Wohnungsbau nur im Netzwerk geschehen kann. Kein Akteur kann ohne den anderen handeln. Viele verschiedene Kräfte sind relevant: die politischen Organe, Sozialverbände, öffentliche und private Wohnungswirtschaft, möglicherweise das Land NRW und die NRW.Bank. Wir müssen diese Kräfte zusammenbringen. Der Kreis ist dafür die perfekte Koordinationsebene, auch wenn ihm die originäre Zuständigkeit fehlt.

Es ist also eindeutig ein Fachforum sozialer Wohnungsbau angebracht. Das erhöht auch die Transparenz und die demokratische Beteiligung. Die Bürgermeister sind - ebenso wie die Sozialverbände - herzlich hierzu eingeladen.

Hier noch ein wesentlicher Hinweis:

Im Kreistag hört man von allen Parteien Lippenbekenntnisse zum sozialen Wohnungsbau. Im Fachausschuss reden Vertreter von CDU und FDP allerdings vor allem von Kreisbeteiligungen, die eine Rendite bringen sollen. Verstehe das, wer will.

Anträge zur Kulturförderung von Vereinen/Verbänden:

Spätestens nach den aktuell gefassten Beschlüssen im Kreis wird klar, dass die Förderung von Kultur im Kreis Wesel allein vom Gutdünken der Kooperation abhängt. Deswegen kündige ich im Namen der SPD-Fraktion schon jetzt an, dass wir das Verfahren zur Kreiskulturförderung zukünftig verbessern und objektivieren wollen. Im nächsten Sitzungszug werden wir dazu einen Antrag einbringen. Kultur ist ein zentraler Kitt der Gesellschaft. Kultur darf nicht von politischem Opportunismus und persönlichen Beziehungen abhängen. Zentral für uns ist, dass gute Inhalte so gefördert werden, dass der Kreis Wesel kulturell weiter aufgewertet wird.

Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden:

Die Wohlfahrtsverbände sowie die AIDS-Hilfe müssen zukünftig für ihre sozialen Aufgaben und Projekte im Kreis auskömmlich finanziert werden. Indem Jamaika Zuwendungen einfriert, obwohl die Personalkosten der Dienstleister im sozialen Netz steigen, kürzt das Bündnis bewusst auf diesen Feldern. Das ist Sägen am sozialen Netz. Das ist schlicht unsozial und ungerecht gegenüber den Menschen die diese Dienstleistungen erbringen. Auch hier lassen CDU, GRÜNE sowie FDP/VWG erhebliche Mängel an der Wertschätzung für Menschen erkennen, die sich sozial und kulturell engagieren.

Mit einer guten sozialen Beratungs- und Unterstützungsstruktur, die wir als SPD wollen, wird vor allem denjenigen geholfen, die in einer Notlage sind und es aus eigener Kraft nicht schaffen. Das **AWO-Projekt Startchancen** etwa gibt jungen Familien sowie Alleinerziehenden Hilfen, Stabilisierung und Perspektiven und vermeidet somit soziale Folgekosten.

Der zuständige Kreisdirektor bleibt aufgefordert, sich mit den Wohlfahrtsverbänden zusammen zu setzen, um faire und auskömmliche Zuschusskonditionen zu verabreden. Eine Angleichung der Förderung an die Lohnkostenentwicklung ist unumgänglich. Die Sprachlosigkeit zwischen dem Vorstandsbereich 3 und den

Vertretern der Wohlfahrtsverbände muss beendet werden. Ansonsten stehen zukünftig wichtige Projekte vor dem Aus und soziale Kälte zieht in den Kreis Wesel ein.

Eine Gesellschaft ist nur so weit solidarisch und sozial, wie sie bereit ist, für die Schwächeren und Hilfebedürftigen da zu sein. Ich habe eingangs gesagt: Es lebt sich gut im Kreis Wesel. Das darf in den Ohren derjenigen, die unsere Hilfen brauchen, nicht wie Hohn klingen.

Ein Wort noch zur **Kooperation aus CDU, GRÜNE, FDP/WVG:**

Die Grundlage ihres Bündnisses scheint darin zu bestehen, dass Sie sich in weiten Teilen nicht einig sein wollen oder können. Ich habe mir einmal Ihr Abstimmungsverhalten in den vergangenen KA- und KT-Sitzungen angesehen. Von einheitlicher Vorgehensweise war da nicht viel zu spüren. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich will das gar nicht groß kritisieren. Sie können froh über die SPD-Fraktion sein. Mit unseren Stimmen lässt sich im Zweifelsfall - und darauf können Sie sich verlassen - Schlimmeres verhindern.

Beispielsweise in Sachen Berufskollegentwicklung in Moers und in Dinslaken sowie im Modellprojekt grundwasserschonende Landwirtschaft wäre der Kreis ohne meine Fraktion erst ganz am Anfang oder bereits gescheitert.

Das Problem mit Ihrer Kooperation tritt immer dann zu Tage, wenn Sie sich einig sind:

- Einig gegen die Wohlfahrtsverbände,
- einig gegen die AIDS-Hilfe
- einig gegen Frauenförderung,
- einig gegen Kulturschaffende wie am Beispiel Burghofbühne.

Sich auf Kosten von sozialen und kulturellen Verbänden und Vereinen „gesund-zu-rechnen“ bezeichne ich als **Sittenverfall**. Die schlimmen verbalen Attacken in der letzten KT-Sitzung von einigen aus Ihren Reihen - eifrig unterstützt vom AfD-Vertreter - in Richtung AWO kann ich nicht vergessen. Ich sage Ihnen hierzu:

„Eine Verrohung der Sitten gibt es nie gratis, sie rächt sich immer.“

Meine Damen und Herren,

alle Bürgerinnen und Bürger sind froh, dass an der Spitze des Kreises Wesel mit Landrat Dr. Müller ein ausgewiesener Fachmann steht, der seine Kreisverwaltung modern aufgestellt hat und umsichtig führt. Bei Dr. Ansgar Müller bedanken wir uns ganz herzlich. Gemeinsam mit ihm werden wir auch weiterhin die richtigen Weichenstellungen vornehmen, damit es auch weiter heißt: *„Es lebt sich gut im Kreis Wesel.“*

Wir bedanken uns bei dem Kreiskämmerer sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung ganz herzlich für die gute Arbeit. Speziell Herrn Borkes sei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatung, wohl wissend um die personellen Engpässe, herzlich gedankt.

Wir bedanken uns auch bei der immer engagierten Personalvertretung sowie bei der Gleichstellungsbeauftragten für konstruktive Zusammenarbeit.

Schönen Dank und Glück auf!